

BUCHBESPRECHUNGEN

Bange, Oliver / Lemke, Bernd (Hg.): <i>Wege zur Wiedervereinigung (Ulrich van der Heyden)</i>	109
Knoll, Manuel / Saracino, Stefano (Hg.): <i>Niccolò Machiavelli (Phillip H. Roth)</i>	110
Leißle, Olaf: <i>Die Türkei im Wandel (Georg Simet)</i>	113
Merk, Kurt-Peter: <i>Europäisches und internationales Recht für soziale Berufe (Franz Kobout)</i>	115
Schick, Gerhard: <i>Machtwirtschaft – nein Danke! Für eine Wirtschaft, die uns allen dient (Julian Dörr)</i>	116
Szymanski, Miguel: <i>Ende der Fiesta (Wolfgang Schlott)</i>	118

Oliver BANGE, Bernd LEMKE (Hg.): Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990 (= Beiträge zur Militärgeschichte, hrsg. vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Bd. 75), München: Oldenbourg Verlag, 2013, 416 S., 44,95 €

Das in der Reihe »Beiträge zur Militärgeschichte« vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr herausgegebene Buch stellt in vergleichender Perspektive die Geschichte der beiden deutschen Staaten in ihren politischen und militärischen Bündnissen, insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren dar. Nach Vorwort und zwei recht ausführlichen einleitenden Ausführungen über die verschiedenen Aspekte der Thematik des vorliegenden Buches unter besonderer Berücksichtigung der Einbettung der deutschen Frage in den Ost-West-Konflikt seit Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 bis zum Jahre 1969 durch G. Niedhart wird in sechs

Komplexen, die jeweils aus zwei bzw. drei Fallstudien bestehen, die im Titel des Buches genannte Problematik in verschiedenen Fallstudien mit den unterschiedlichsten Fragestellungen und Methodiken abgehandelt.

Die Verfasser versuchen, ein möglichst weit gefasstes inhaltliches Spektrum zu erfassen. So ist hinsichtlich der wissenschaftlichen Qualität und in der Mannigfaltigkeit der gewählten Themen eine beeindruckende Publikation entstanden. Zwar existieren bereits schier unendlich viele Untersuchungen über die wirklichen oder vermuteten Gründe für den Untergang der DDR sowie über den konkreten Verlauf der Wende, also zu den innenpolitischen Entwicklungen. Jedoch existieren kaum Untersuchungen, die in langfristiger Rückschau die Deutschlandpolitik analysieren und dabei die Einbettung der beiden deutschen Staaten in ihre jeweiligen Bündnisse in den Mittelpunkt stellen. Insofern beschreiten die Herausgeber und Autoren des Bandes weitestgehend Neuland. Ausgangspunkt der Argumentation ist die Tatsache, dass gegen Ende der 1960er Jahre zwischen den beiden großen politischen und militärischen Blöcken eine gegenseitige Vernichtungsfähigkeit bestand, in deren Konsequenz nach Überlebensstrategien im Ost-West-Konflikt gesucht werden musste. Dies betraf insbesondere die beiden deutschen Staaten an der Grenze der hochgerüsteten militärischen Blöcke.

Im ersten Komplex werden solche Fragen wie die Einbindung in den Warschauer Pakt (C. Békés) sowie in den KSZE-Prozess (O. Bange) behandelt. Insbesondere in dem Aufsatz von S. Kieninger über den Wettkampf westlicher Entspannungsstrategien in den 1970er Jahren wird grundsätzlich »allen entspannungspolitischen Ansätzen der Wille zur Zivilisierung des Ost-West-Konflikts« (S. 77) bescheinigt. Ein Ergebnis dieser tiefgründigen, auf Auswertung bislang kaum beachteter Akten in Archiven und anderen Originaldokumenten beruhende Studie beleuchtet nicht nur die Europa- und Deutschlandpolitik von Ronald Reagan, sondern gelangt auch zu der Schlussfolgerung, dass sich die Europäer in Ost und West im Zuge der KSZE-Politik von den Supermächten mehr oder minder stark emanzipierten.

Im zweiten Teil werden solche Fragen wie die von W. Jarzqbek behandelt, die nach den Konsequenzen aus der polnischen Krise für den deutschen Vereinigungsprozess fragt oder darlegt, ob die sowjetische Führung tatsächlich im Herbst 1983 einen atomaren Großangriff der NATO befürchtete und ob die Welt damals am Rande eines Atomkrieges stand. Hierauf gibt M. Krämer eine sachkundige Antwort. In der Tat befand sich die Welt damals am Rande eines Atomkrieges.

Der dritte Komplex behandelt die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO in den 1970er und 1980er Jahren (T. Geiger). In einer Studie von J. Baer werden die blockinternen Koordinationen innerhalb des Warschauer Vertrags unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der DDR in diesem System behandelt.

Im vierten Komplex ist der Beitrag über Widerstand, Opposition und Dissidenz in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR von R. Eckert erwähnenswert. Während sich im Teil 5 ein Beitrag mit der NVA-Operationsplanung für Norddeutschland in den Jahren 1983 bis 1988 beschäftigt (S. Lautsch), behandeln zwei Aufsätze NATO-Operationsplanungen.

Von besonderer Relevanz für die aktuellen Debatten über die Geschichte der internationalen Beziehungen sind die drei Beiträge des letzten Komplexes. Hier werden Themen der deutschen Systemkonkurrenz in Ländern der Dritten Welt behandelt. Auf diesem Gebiet gibt es noch viel zu wenig aussagefähige Analysen. Ein Teil der Desiderata wird hier abgebaut und zugleich Anregungen für weiterführende Studien geboten.

R. Deckert setzt sich mit den militärischen Beziehungen der beiden deutschen Staaten zum Sudan auseinander und möchte diesen komplizierten Sachverhalt als »Extrembeispiel« für das Verhältnis von Bundesrepublik und DDR zur Dritten Welt verstanden wissen. Diese Darstellung, die durch ihre fundierte Argumentation überzeugt, hat angesichts der aktuellen Entwicklungen im Sudan, speziell im Süden des nordafrikanischen Landes, eine besondere politische Brisanz.

K. Storkmann stellt die Militärhilfen der DDR für die Dritte Welt dar. Er gelangt zu dem Ergebnis, dass das militärische Engagement der DDR weit geringer war, als in der »alten« Bundesrepublik kolportiert. Dennoch gab es Militärhilfen für nationale Befreiungsbewegungen und junge Nationalstaaten in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Im Fokus der Ausführungen von J. Verber stehen die beiden deutschen Außenpolitiken gegenüber der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika, das heutige Namibia. So interessant und aufgrund der Auswertung der vielfältigen historischen Dokumente, nicht zuletzt von Zeitungen, Zeitschriften und Pressediensten von Parteien, fällt auf, dass dem in den USA lehrenden Verfasser substantielle bereits zur Thematik vorliegende Studien (Sammelband-Aufsätze, Zeitschriftenartikel, Monographien), von denen die ersten schon in den 1990er Jahren in Deutschland erarbeitet worden sind, anscheinend unbekannt sind. Das ist zu bedauern, handelt es sich doch um eine durchaus bedeutsame Untersuchung, die allerdings wegen der Ignorierung der Fachliteratur nicht in den internationalen Forschungsstand eingebettet ist.

Insgesamt bieten alle siebzehn Beiträge die relevanten Diskussionen voranbringende Forschungsergebnisse, die jedoch in Methodik und Konzeption sehr unterschiedlich sind. Sie bieten aber jeder für sich eine in der Regel exzellente Analyse des Standes der Forschungen zum deutsch-deutschen Verhältnis in den letzten zwei Jahrzehnten der staatlichen Trennung unter besonderer Berücksichtigung der Einbindung in ihre jeweiligen politischen Verpflichtungen.

Ulrich van der Heyden

Manuel KNOLL / Stefano SARACINO (Hg.), Niccolò Machiavelli. Die Geburt des Staates (Staatsdiskurse 11); Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2010, 235 S., 42,00 €

In einer Vorrede aus der Zeit von 1887/88 zu einem nie geschriebenen »tractatus politicus« notierte der berühmte deutsche Denker Friedrich Nietzsche: »kein Philosoph [wird] darüber in Zweifel sein, was der Typus der Vollkommenheit in der Politik ist; nämlich der Machiavellismus.« Nietzsche, der in seinem Denken dem berühmten Florentiner der Renaissance durchaus verwandt war, pries vor allem »den unbedingten Willen, sich nichts vorzumachen und die Vernunft in der Realität zu sehn«. Dass solche Einschätzungen den »Machiavellismus«, als einer Lehre, die der Machtpolitik den Vorrang vor moralischen Werten gibt, vermehrt in ein schlechtes Licht gerückt haben, ist bekannt. Auch die zeitgenössische Relevanz des Florentiners bleibt scheinbar fraglich, wenn »[a]uch noch

Leo Strauss bekennt«, dass »Machiavelli ein ›Lehrer des Bösen‹ war (S. 10) – obwohl zu bezweifeln ist, dass dies Strauss' letztes Urteil über Machiavelli war.

Der von Manuel Knoll und Stefano Saracino herausgegebene Band pflichtet diesem Vorurteil getrost nicht bei. Die Herausgeber haben Arbeiten von Philosophen, Politikwissenschaftlern, Historikern und Literaturwissenschaftlern zusammengetragen mit dem Ziel, einer Entwicklung entgegen zu wirken, durch die die Erforschung des politischen Denkens der Renaissance allgemein und die Machiavelli-Rezeption im speziellen in Deutschland »in die Defensive geraten« sei (S. 25). Belegt werde dies dadurch, dass es in den letzten Jahrzehnten kaum deutschsprachige Forschungsliteratur zum großen Florentiner des 15. und 16. Jahrhunderts auf die internationale akademische Bühne gebracht habe. Die Gründe dafür würden in aktuellen Entwicklungen der Geisteswissenschaften etwa hin zu eher praxisorientierter Forschung liegen. Kein Zweifel, dass dort ein ›Lehrer des Bösen‹ keinen Anklang finden könnte. Doch Knoll und Saracino konstatieren auch, dass die »vorherrschende Auffassung, nach der Machiavelli die Politik von der Moral trennt« (S. 11) fragwürdig sei und differenzierte Betrachtungen erfordere, die in ihrem Sammelband dann auch exemplarisch geliefert werden.

In ihrer Einleitung geben die Herausgeber eine Zusammenfassung der dominierenden Positionen in der Machiavelli-Forschung von Quentin Skinner und der Cambridge School bis hin zu Herfried Münkler – einer der wenigen deutschsprachigen Autoren, der es mit einem Buch zum berühmten Florentiner in den internationalen Rang der Wissenschaft gebracht hat. Dadurch wird ein guter Überblick über den Stand der Machiavelli-Forschung besonders in Deutschland vermittelt und gleichzeitig eine knappe Einführung in seine politische Philosophie gegeben.

Im ersten Abschnitt des Bands wird das Denken des Humanisten in den Kontext seiner Zeit gestellt, um, so Knoll und Saracino, »Machiavelli und allgemein dem politischen Denken der Renaissance gerecht werden zu können« (S. 26). Eckhard Keßler untersucht dabei in seinem Beitrag die moralphilosophischen Vorläufer Machiavellis. Er gibt eine Zusammenfassung der wichtigsten italienischen Humanisten des 14. und 15. Jahrhunderts und verortet Machiavellis »experimentelle Moral«

vor allem in dem Einfluss von Francesco Petrarca. Thomas Maissen untersucht eingehend den Staatsbegriff Machiavellis. Er untersucht mit philologischer Akribie die genaue Begriffsverwendung von »stato« im Werk des Florentiner Staatsdenkers im Verhältnis zu seinen politischen Ordnungsideen. Er wendet sich mit der Arbeit sowohl gegen Quentin Skinner (und J. G. A. Pocock) wie auch Harvey Mansfield, die sich schon entschieden dieser Problematik gewidmet haben. Mansfield betonte, dass Machiavellis *stato*-Begriff nicht als Vorläufer des modernen Verständnisses eines »impersonal state« gelten könne, auch wenn er im Vergleich mit Aristoteles durchaus bedeutende Differenzen zum klassischen Staatsbegriff aufweise. Für Maissen hat *stato* bei Machiavelli dagegen »aus sich selbst heraus eine Majestät [...], die nicht mit der Würde des Herrschers zusammenfällt, sondern diejenige einer Institution ist« (S. 62). Die Cambridge School hatte *stato* eng an die Vorstellungen republikanischer Ordnung gebunden und damit besonders den Staatsbegriff der *Discorsi* als wegbereitend für ein modernes Staatsverständnis gesehen. Maissen konstatiert dagegen gerade die Bedeutung der autoritären Seiten des *stato*-Begriffs mit seinem regulierenden Moment als entscheidend für die Entwicklung der modernen Staatsidee.

Die Beiträge des zweiten Teils widmen sich der literarischen Form Machiavellis und seiner wissenschaftlichen Methode. Besonders hervorzuheben ist der Beitrag von Dirk Hoeges. Er untersucht in seinem Text das ästhetische Kalkül, das Machiavelli in seinem vermeintlichen Hauptwerk *Il Principe* angewendet habe und liefert dadurch ein äußerst differenziertes Bild vom Florentiner Schriftsteller und Theoretiker. Geleitet ist Hoeges von der einleuchtenden und durchaus ernst zu nehmenden These: »Der Formenreichtum des Gesamtwerks kompromittiert mithin jede nur politikfixierte instrumentelle Reduzierung seiner Texte generell wie des *Principe* im besonderen« (S. 75). Hoeges enthüllt erstaunliche Kompositionsfinessen in dem schmalen, unkonventionellen Fürstenspiegel und verweist auf ihre funktionale Bedeutung für die inhaltliche Auslegung. So spiegeln sich etwa die historischen Beispiele der ersten 13 Kapitel in Art und Zahl mit denen in den folgenden 13 Abschnitten. Auch Kompositionsparallelen zum Handwerk des Webens im 14./15. Jahrhundert werden herausgestellt. Die verschiedenen

Thematisierungen der Fürstentümer im ersten Teil und des Fürsten im zweiten werden als Stränge oder Fäden identifiziert, die sich durch das Werk ziehen und es komplementär zusammenhalten. Resultat sei, dass Machiavelli dadurch einen »optimalen Typus« des Fürsten präsentiere, der sowohl historische wie fiktive Erfahrungen transzendiere, »mit gut und böse dramaturgisch verfahren[« und »allemaal jenseits moralischer und christlicher Normen« stehe (S. 86). Während Hoeges das künstlerische Selbstverständnis Machiavellis herausstellt, wendet sich Manuel Knoll in seinem Beitrag der wissenschaftlichen und methodologischen Expertise des Florentiners zu. Nach einer ausführlichen Darlegung der langanhaltenden Debatte, ob Machiavelli als Begründer der modernen politischen Wissenschaft betrachtet werden kann, widmet er sich der Ausführung seiner These, dass Machiavelli »wie Aristoteles als Vorläufer des empirisch-analytischen Theorieansatzes begriffen werden« müsse (S. 99). Knoll geht im Rückgriff auf Aristoteles der komparativen Methode Machiavellis nach, die im Vergleich seiner aus der Geschichte wie aus seinem Staatsdienst gewonnenen empirischen Erfahrungen und den Lehren der klassischen Autoren liege. Das vorsichtige Abwägen dieser Vergleiche führe Machiavelli dann zu allgemeinen Regeln für die Praxis. Knoll exponiert Machiavelli folglich als Unternehmer einer praktischen Wissenschaft, wie Aristoteles sie in *Politik* Buch IV–VI dargestellt hatte, und begreift ihn als Neubegründer der empirischen Politikwissenschaft am Beginn der Neuzeit.

Die Machiavelli-Rezeptionen in zeitgenössischen staats-theoretischen und philosophischen Diskursen bilden den thematischen Rahmen des dritten und umfangreichsten Abschnitts. Dadurch wird der Perspektivenreichtum des Werks Machiavellis hervorgehoben und auf fruchtbare methodische Ansätze für die aktuellen Debatten hingewiesen. Die Herausgeber haben bewusst die Aufteilung der Beiträge nach einer »Spiegelbildlichkeit von heuristischer Relevanz« unternommen (ganz im Sinne von Machiavellis *Principe*, folgt man dem hervorragenden Aufsatz von Hoeges zur literarischen Form beim Florentiner): »Dem Wandel von Ordnung in Richtung des neuzeitlichen Staates [...] steht der Wandel von Staatlichkeit und Regieren zu einer politischen Ordnung jenseits des Staates gegenüber« (S. 28). Dem Reichtum seines eigenen Denkens wird so eine

Auswahl an bedeutenden Rezeptionsvarianten gegenübergestellt.

Günther Auth befasst sich hierin mit Max Horkheimers Deutung Machiavellis als Gründerfigur einer bürgerlichen Geschichtsphilosophie und konstatiert, dass das Bürgerkonzept allein durch die Abstraktion Machiavellis von den tatsächlichen gesellschaftspolitischen Umständen seiner Zeit in Florenz gewonnen werden konnte. Unter der Rubrik der »politischen Dämonologie der Moderne« widmet sich Dirk Lüddecke einer Ambivalenz bei Machiavelli, die sich durch die deutschen Rezeptionen bei Gerhard Ritter, Friedrich Meinecke, Hans Freyer und Dolf Sternberger zieht. Noch erschüttert durch die totalitären Gesellschaften des 20. Jahrhunderts nahmen sie Machiavelli heran, um eine Analyse der Moderne mit ihren dämonischen Ausformungen zu betreiben und diese Entwicklungen erklären zu können. Machiavelli ist darin die moderne Figur, die sich signifikant mit dem ambivalenten Wesen der Macht auseinandergesetzt habe und daher bei den genannten deutschen Denkern vor dem Hintergrund der Dämonie der Macht und der ambivalente Diagnose der Moderne rezipiert werde. In seinem Beitrag zu den Machiavelli-Deutungen des Republikanismus und Liberalismus stellt Stefano Saracino einige Aspekte zum agonalen politischen Denken des Florentiners richtig. Er kontrastiert dabei zunächst den äusserst kritischen Parteienbegriff aus den *Istorie Fiorentine* mit der Auslegung des republikanischen Denkens Machiavellis in den *Discorsi* durch die Cambridge School. Saracino verweist auf die Einseitigkeit dieser Deutung, da besonders bei Skinner und Maurizio Viroli der Parteienbegriff somit allein im Lichte des institutionalisierten Streits verstanden wird. Danach widmet er sich Isaiah Berlins liberalistischen Machiavelli-Auslegung. Saracino hebt durchaus wichtige Interpretationen Berlins hervor. Er macht jedoch auch klar, obwohl des positiven Einflusses den der Florentiner Staatsdenker auf etwa Montesquieu gehabt habe, dass zeitgenössische liberale Deutungen zuviel Freiheit in den großen Italiener hineinlesen: »Machiavellis Blickwinkel auf die *libertà* ist im Schwerpunkt derjenige des Gemeinwesens als Ganzes, seiner Verfassung und politischen Ordnung und nicht die Sicht des Individuums« (S. 186). Auch der Beitrag von Pravu Mazudmar soll an dieser Stelle besondere Betonung erfahren. Er widmet sich der genealogischen Behandlung

Machiavellis durch Michel Foucault, d. h. eben nicht der konkreten Behandlung von Machiavellis Werk. Als »Kunst des Nichtlesens« bezeichnet er die Auseinandersetzung mit *Il Principe* jedoch nicht als wichtiges Werk oder Text einer Ideengeschichte, sondern als Teil einer Geschichte der Problematisierungen – in diesem Fall der Problematisierung von Regierungskunst. So »konsolidiert sich«, laut Foucault, »der Diskurs über die Regierungskunst über ihr negatives Verhältnis zu Machiavellis *Il Principe*« (S. 199). Dadurch trete die eigentliche Analyse des Werks Machiavellis in den Hintergrund zu Gunsten eines Diskurses der Formen politischer Vernunft, die sich gegen den Entwurf im *Principe* und seine mittelalterliche Fokussierung auf Macht und Monarch abgrenzen. Im Abschluss geht Pier Paolo Portinaro auf den post-modernen Imperiendiskurs ein, der besonders prominent durch Antonio Negris und Michael Hardts *Empire* angestoßen wurde. Portinaro verweist damit zum einen auf eine gewisse Aktualität, die im Denken über Reiche beim Florentiner liege, zeigt jedoch gleichzeitig – mit Rekurs auf Machiavellis Thukydides-Rezeption –, dass das Theoretisieren über Imperien keine Priorität beim Florentiner eingenommen hat und beschließt den Band mit einer kritischen Bilanz, was die zeitgenössische Anknüpfung Machiavellis an die Theorien der internationalen Beziehungen angeht.

Die Sammelbandbeiträge zeigen deutlich die Vielseitigkeit des Florentiner Diplomaten, Philosophen, Dichter und Staatsdenker. Die methodisch wie philosophisch bedeutenden Facetten in seinem Denken, als auch die Anknüpfung, die an seine Theorien in vielfältiger Weise in den zeitgenössischen Debatten unternommen werden, finden hier Belege. Dabei wird jedoch auch kritisch darauf verwiesen, dass dem Florentiner im zeitgenössischen Staatsdiskurs nicht immer zurecht die Ehre zukommt, Urvater moderner Ideen zu sein. Sondern dass auch sein Blick auf das gerade entstandene moderne Gesellschaftsverständnis noch durch sein dominantes Interesse für die Antike geprägt war. Das von Knoll und Saracino vorgelegte Konzept beweist, dass nicht nur die Politikwissenschaft, sondern auch die Philosophie und Literaturwissenschaft im Werk des Humanisten auf fruchtbaren Boden treffen. Es bleibt daher zu hoffen, dass das Studium des Denkens der Renaissance und Machiavellis sich in Deutschland selbst in naher Zukunft einer Renaissance erfreuen darf.

Phillip H. Roth

Olaf LEISSE (Hg.): *Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken; Baden-Baden: Nomos, 2013, 497 S., 84 €*

Das von Olaf Leisse herausgegebene Buch über die *Türkei im Wandel* versammelt auf knapp 500 Seiten 19 Beiträge (inklusive des vom Herausgeber verfassten Einleitungsteils). Ziel ist es, die »innen- und außenpolitische Dynamiken« des gegenwärtigen »Transformationsprozess[es]« aufzuzeigen (S. 9), den die Türkei laut Herausgeber durchmacht. Dem im Untertitel formulierten Vorhaben entsprechend werden drei Themenkomplexe behandelt. Je sieben Aufsätze beschäftigen sich zunächst mit der Außen- (1. Teil) und dann mit der Innenpolitik der Türkei (2. Teil). Vier weitere Arbeiten widmen sich abschließend dem besonderen Verhältnis zwischen Türkei und Europa (3. Teil). Leider wird diese Struktur im weiteren Verlauf nicht kenntlich gemacht; die Dreiteilung des Buchs ist nur aus dem Inhaltsverzeichnis ersichtlich.

In seinem Eröffnungsbeitrag formuliert Leisse die Ausgangshypothese, dass der politische, zumindest bzw. vor allem der innenpolitische Wandel der Türkei »extern induziert« sei (S. 9). Begonnen habe der Wandel mit »der Gründung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, AKP, am 14. August 2001« (S. 15). Leisse sieht dieses Datum gar als Beginn »einer] neue[n] politisch[n] Zeitrechnung für die Türkei« (S. 15). Denn die AKP wurde in kurzer Zeit mehr und mehr zur politisch dominierenden Kraft/Macht, die dadurch zum einen ihren »konservativ-islamischen« Kurs forcieren und durchsetzen, zum andern aber auch den Beitrittsprozess zur EU vorantreiben konnte, nicht zuletzt um so die eigene, demokratisch legitimierte Position »zuungunsten des prowestlichen Militärs« weiter zu stärken und zu zementieren (S. 18). Zudem versucht Leisse nachzuweisen, dass die Europäisierung die *Türkei im Wandel* viel stärker prägt, als zumeist angenommen wird, und zwar »ohne Aussicht auf Belohnung in Form eines Beitritts« (S. 32).

Die sieben Beiträge, die sich mit der Außenpolitik der Türkei beschäftigen, reflektieren den Versuch, die beiden Intentionstränge/Narrative von Islamisierung und Europäisierung außenpolitisch zu verankern und zu verbinden. Des Weiteren werden bi- und multilaterale Beziehungen und Beziehungsmuster zu einzelnen Ländern/Ländergruppen analysiert, die für die Türkei traditionell

von Bedeutung sind. Gieler, der die Debatte zur Außenpolitik eröffnet, ist wie Leißer der Ansicht, dass »Erdoğan [sich ...] als Motor der EU-Beitrittsverhandlungen« erwiesen habe (S. 39). Dabei verfolge Erdoğan aber einen »Neo-Osmanismus«, den er/seine Partei als »strategische Tiefe« ins Spiel bringt (S. 40). Dieses Moment ist zumindest außenpolitisch für außenstehende Beobachter eminent bedeutsam: Es wird in allen Beiträgen zur Außenpolitik als wichtig, wenn nicht entscheidend angesehen und entsprechend herausgearbeitet. Die Bedeutung der »Rückbesinnung auf osmanische Einflussphären« sieht (nicht nur) Gieler darin begründet, dass sie »der Türkei helfen [könnte], über gemeinsame Geschichte und Kultur als Anknüpfungspunkte den Aufbau ihrer regionalen Machtposition zu sichern, vielleicht diese sogar zu einer globalen auszubauen« (S. 41). Dementsprechend sieht er das Konzept der »strategischen Tiefe« (*stratejik derinlik*), das von Außenminister Davutoğlu (in gleichnamigem Buch, Erstauflage 2001 – letztes Jahr in 82. Auflage nachgedruckt!) entwickelt, verantwortet und umgesetzt wurde/wird, als primären Schritt »die Ausräumung von Konflikten mit Nachbarländern« vor (S. 50). Laut Genç orientiere sich die »proaktive Außenpolitik« (S. 71) der von der AKP geführten Regierung dabei »an demokratischen Werten« (S. 68). Die Türkei sei insoweit (dem Arabischen Frühling) Vorbild, als sie zeige, »dass es möglich ist, sowohl eine islamisch-religiöse als auch eine demokratische Gesellschaft zu sein« (S. 71). Die Orientierung an demokratischen Werten ist in Wahrheit jedoch kaum mehr als ein Lippenbekenntnis, sobald machtpolitische Interessen ins Spiel kommen. In Gegensatz zu Genç betont Kramer daher, dass (zumindest) die Balkanpolitik »von neosmanischen Tendenzen, zum Teil auch hegemonialen Bestrebungen« geleitet sei (S. 121). Ihm zufolge sind die »Triebkräfte der AKP-Reformen [...] aus nationalem politischen Kalkül für wichtig erachtete Maßnahmen« zur Konsolidierung politischer Macht (S. 89). Dass »Ankaras Beitrittsambitionen« bislang noch nicht (endgültig) gescheitert seien, liegt für ihn einzig an den »sicherheitspolitischen Interessen der EU-Mitglieder« (S. 78). Nur aus Eigennutz seien sie bereit, die »Türkei als Vermittler in einer teilweise noch immer unruhigen Region als Partner ernst zu nehmen« (S. 121). Unter »Bezug auf die griechisch-türkischen Differenzen« konstatiert Axt sogar, »dass die Regierung in Ankara keinen Europäisierungskurs verfolgt« (S. 144).

Innenpolitisch konzentrieren sich die Beiträge auf zwei zusammenhängende Felder: Macht- und Minderheitenpolitik. Akbulut zielt darauf ab, den »Normalisierungsprozess in den zivil-militärischen Beziehungen in der Türkei in seinen unterschiedlichen Facetten« herauszuarbeiten (S. 200). Inwiefern die vollzogene Entmachtung des Militärs jedoch »die Konsolidierung der Demokratie« zu fördern vermag (S. 219), ohne dass die hieraus resultierende Machtzunahme der Gegenseite, der AKP, in ein neues autokratisches System umschlägt, wird von anderen Autoren pessimistisch(er) beurteilt. Yoldaş sieht »eine spürbare Neigung zum Autoritarismus« und beobachtet »eine Verschlechterung der Meinungs- und Pressefreiheit« (S. 223), die für »das steigende Demokratiedefizit« verantwortlich sei (S. 233). Sarlak und Giannakopoulos hingegen sehen in der allgegenwärtigen Korruption ein »legitimes Mittel, um Macht und Profit zu erlangen und zu erhalten« (S. 244). Gümüş weist auf einen weiteren Aspekt der Machtkonzentration hin: die »Re-Privilegierung der sunnitischen Muslime« (S. 265) durch Unterdrückung anderer religiöser Strömungen innerhalb und außerhalb des Islams, z.B. durch »zwangsweise[n] sunnitischen Religionsunterricht auch für Aleviten« (S. 266). Doch nicht nur in religiöser, sondern auch in ethnischer Hinsicht hält die Regierungspartei, Gürbey zufolge, mittels »Rückgriffs auf die ›glorreiche‹ osmanische Vergangenheit« am Kernverständnis von »Einheitsstaat und Einheitsnation« fest (S. 303). Die Autorin verzeichnet gar »eine signifikante Polarisierung und Gewalteskalation« in der gegenwärtigen in-ner-türkischen Kurdenpolitik der AKP (S. 310). Für Giesel hat die bereits vor Erdoğan begonnene und von ihm fortgeführte »konsequente türkische Assimilationspolitik der letzten Jahrzehnte« auch einen sprachpolitischen Aspekt: Es sei zu einem »starke[n] Rückgang der sprachlichen Vielfalt zugunsten des Türkischen« gekommen (S. 360). Petersen schließt sich dem an und sieht die AKP in der Tradition eines »über Jahrzehnte gewachsenen Diskurs[es], in dem diskriminierende Aussagen über Minderheiten und ein eigenes Nationalverständnis hegemonial waren und noch immer sind« (S. 394f.).

Die letzten vier Beiträge des Buchs thematisieren das Verhältnis »Türkei und Europa« unter dem Aspekt »Transnationalismus als Zukunftsprojekt« (S. 7). Zunächst untersucht Henrich »die türkische

Innenpolitik im Bereich der Migrations- und Minderheitenpolitik« (S. 399). Anders als die meisten anderen Experten ist Henrich von »der neuen Öffnungspolitik der AKP« – insbesondere gegenüber christlichen Minderheiten – überzeugt (S. 413). Çopur und Uslucan sehen in ihrem auf Befragungen gestützten Beitrag hingegen keine Anzeichen für eine »Wertetransmission« (S. 451): Zum einen gehöre »die türkische Bevölkerung mit zu den religiösesten weltweit« (S. 459); zum andern finde »die Vorstellung der Trennung von Politik und Religion [...] in der Türkei [...] die geringste Zustimmung im europäischen Vergleich« (S. 461). Anders als Henrich sind Çopur und Uslucan der Auffassung, dass »die AKP-Regierung [...] mit ihrem autoritären Handeln die islamisch-konservativen Werte in der Gesellschaft« zusätzlich verstärke (S. 465). Im einzig englischsprachigen Artikel, mit dem das Buch endet, kommt Ermağan gar zum pessimistisch anmutenden Schluss, dass der Beitritt der Türkei zur EU von beiden Seiten, von der EU und der Türkei aus »essentially an illusion« sei, was sich nur ändern könne/werde, wenn es geänge, das Verhältnis auf eine »reasonable and discursive basis« (S. 488) zu stellen.

Fazit: Das Buch thematisiert fundiert Außen-, Innen- und EU-Politik der Türkei aus diversen Einzelperspektiven. Die Autoren kommen dabei häufig zu vollkommen unterschiedlichen Ergebnissen und Einschätzungen. Die unkommentierten, je für sich stehenden Beiträge und der Verzicht auf Kommunikation zwischen den Experten geben das in der Öffentlichkeit vorherrschende Bild eines disparaten Diskurses wider, der auf partikularen (Erkenntnis-)Interessen und restringiertem Verständnis der Diskurs-Teilnehmer basiert. Sofern der Türkei-Diskurs auf diese Weise fortgeführt wird, ist in der Tat, wie Ermağan betont, eine Verständigung über gemeinsame Positionen, Interessen, Ziele und Verfahren – z. B. im Beitrittsprozess der Türkei als Projekt der EU, die seit dem 1. Juli 2013 aus 28 Mitgliedstaaten besteht – nicht möglich.

Georg Simet

Kurt-Peter MERK: Europäisches und internationales Recht für soziale Berufe; Schwabach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 2014, 112 S., 9,80 €

Die Wahlen zum Europäischen Parlament führen regelmäßig die Europamüdigkeit vieler Bürger vor

Augen und haben zuletzt verstärkt europaskeptische und europafeindliche Parteien ins EU-Parlament einziehen lassen. Europamüdigkeit hin oder her, die Europäische Integration ist weit fortgeschritten. Dies gilt mittlerweile auch für die Normen des Sozialrechts. Daher ist es zu begrüßen, dass der Verfasser sich explizit mit den Einflüssen des europäischen und internationalen Rechts auf das nationale Sozialrecht beschäftigt. Insbesondere wendet er sich an Studierende der sozialen Berufe, die mit den europäischen und internationalen Normen als direkt geltendes oder abgeleitetes Recht tagtäglich konfrontiert sind. Aber auch für allgemein an der Thematik Interessierte und Studierende anderer Fachrichtungen ist dieses schmale Buch eine wertvolle Einstiegshilfe in das internationale Recht und Europarecht.

Bei der Darstellung des internationalen Rechts thematisiert Merk insbesondere die Rolle der Vereinten Nationen und die wichtigsten UN-Konventionen, die für die Sozialarbeit bedeutsam sind, nämlich die UN-Kinderrechtskonvention, die UN-Behindertenrechtskonvention und die UN-Flüchtlingskonvention. Im Anschluss wird am Beispiel der Europäischen Menschenrechtskonvention deutlich gemacht, dass das internationale Recht auch schon Rechtspositionen normiert, die einen individualrechtlichen Charakter haben, sprich: auch gegen einen Nationalstaat einklagbar sind, was eine wesentliche Erweiterung des traditionellen Völkerrechts darstellt, das nämlich immer noch mehrheitlich als »Staatenrecht« verstanden wird.

Einen Großteil seiner Ausführungen widmet der Verfasser konkreten europarechtlichen Normen, die eine Relevanz für die soziale Arbeit haben. Zunächst geht er auf die Verfasstheit der Europäischen Union allgemein ein und führt in aller Kürze in die Institutionen und in den politischen Prozess ein. Ebenso beschreibt er das Zustandekommen der Normen selbst. Grundsätzlich thematisiert werden Funktionen und Wirkungen der unterschiedlichen rechtlichen Normen. Einen großen Raum nimmt der Europäische Gerichtshof mit seinen differenzierten Klagearten ein. Insbesondere wird auch das Verhältnis zu nationalen Gerichten angesprochen. Der Verfasser unterscheidet zwischen dem Primärrecht (Vertrag über die Europäische Union, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Charta der Europäischen Menschenrechte) und dem Sekundärrecht,

also den Normen, die auf dem Primärrecht beruhen und für die soziale Arbeit bedeutsam sind. Eingegangen wird daher auf das Recht der sozialen Sicherheit, der sozialen Vergünstigungen und das Asylverfahren.

Entscheidende Weichenstellungen im EU-Recht erfolgen über die sogenannten Grundfreiheiten (Dienstleistungsfreiheit, Niederlassungsfreiheit usw.). Aus der Europäischen Grundrechtscharta ergeben sich ebenfalls weitreichende Implikationen für die soziale Arbeit. Dies insbesondere deshalb, weil die Artikel, die die »körperliche Unversehrtheit« oder den Datenschutz betreffen, weiter gehen als die Grundrechtsartikel des Grundgesetzes. Gut herausgearbeitet wird auch der Begriff der Unionsbürgerschaft, der wiederum sehr relevant für soziale Leistungen ist. Auch das europäische Asylrecht hat einen starken Einfluss auf die diesbezüglichen nationalen Normen. Den Abschluss bilden Überlegungen zur Umsetzung des EU-Rechts im innerstaatlichen Recht.

Insgesamt bietet der Band eine problemorientierte und praxisnahe Darstellung des für die soziale Arbeit relevanten internationalen und EU-Rechts. Dem Verfasser ist es dabei gelungen, die komplexe Materie ebenso knapp wie verständlich darzustellen. Ein Lehrbuch, das man ohne Abstriche empfehlen kann.

Franz Kohout

Gerhard SCHICK: *Machtwirtschaft – nein Danke! Für eine Wirtschaft die uns allen dient; Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2014, 288 S., 19,99 €*

Angesichts der Weltwirtschafts- und Finanzmarktkrise herrscht zurzeit Konjunktur für Fundamentalkritiker der marktwirtschaftlichen Ordnung und für Apologeten alternativer Wirtschaftsweisen. Auch Gerhard Schick, seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages sowie seit 2007 finanzpolitischer Sprecher des Bündnis 90/Die Grünen diagnostiziert ein abträgliches Wirtschaftssystem, das nicht mehr dem Menschen zu dienen scheint. Er stellt zwar nicht radikal die Systemfrage, wie etwa die *Occupy*-Bewegung, jedoch beschäftigt ihn das Thema, wie die gegenwärtige Ökonomie grundlegend umgestaltet werden muss. Sein Buch *Machtwirtschaft – nein Danke! Für eine Wirtschaft*

die uns allen dient ist insbesondere in zweierlei Hinsicht für den gesellschaftlichen Diskurs spannend: Zum einen merkt man Schick die akademische Sozialisierung in Freiburg an, wo der Volkswirt zu einem ordnungspolitischen Thema promoviert. Daraus resultiert eine Perspektive und Denkweise, die sonst in seiner Partei kaum so klar und deutlich zu finden sind. Zum anderen versucht sich Schick nicht an einer Utopie, sondern analysiert die gegenwärtige Sozialordnung auf eine systematische Art und Weise mit deren Hilfe er spezifische Handlungs- und Reformempfehlungen ableiten kann.

Der Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Feststellung, dass das wirtschaftliche System in Deutschland flächendeckend Ergebnisse produziert, die tendenziell lediglich dem Unternehmer, nicht jedoch dem Konsumenten nützen. Als Beispiele werden die Produktion schlechter Lebensmittel, die Ausgabe komplexer und riskanter Finanzmarktprodukte, Konsumismus ohne Verbesserung der Lebensqualität sowie der Trend zur sozialen Ungleichheit genannt. Im Zentrum seiner Betrachtung steht die Lebensdienlichkeit der Wirtschaft, die die Wirtschaft nicht als Selbstzweck begreift, sondern als ein Instrument um dem Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen. Hier findet sich ein erster Anknüpfungspunkt zum Ordoliberalismus, der sich insbesondere als Freiburger Schule institutionalisierte und zu dem sich Schick explizit bekennt. Dessen Zielpunkt war die Gestaltung einer »funktionsfähige[n] und menschenwürdige[n] Ordnung« (Walter Eucken, 1940). Oder um mit einem weiteren wichtigen Ordoliberalen zu sprechen: Die Absicht staatlichen Handelns müsse es sein eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu errichten, die dafür sorgt, »dass der Wohlstand, der wirtschaftliche Erfolg, dazu dien[t], dem einzelnen Menschen, der einzelnen Familie, ein menschenwürdiges und menschlich erfreuliches Leben zu ermöglichen.« (Alexander Rüstow, 1962) Obgleich Schick zwar den instrumentellen Charakter einer Wirtschaftsordnung hervorhebt, so betont er auch die Vorteile einer Marktwirtschaft: »Und so bin ich ein überzeugter Marktwirtschaftler: Die Überlegenheit dezentraler Steuerung leuchtet mir ein, Freiheit und Selbstbestimmung sind mir wichtig.« (S. 145)

Die Erklärung für die Diskrepanz zwischen einer dienenden Wirtschaft und der tatsächlich vorzufindenden Wirtschaftsordnung findet Schick

in den Machtstrukturen, die Unternehmen asymmetrische Möglichkeiten der Interessendurchsetzung ermöglichen. Anstatt einer *Marktwirtschaft* sei in Deutschland eine *Machtwirtschaft* vorzufinden. Diese Fehlentwicklung sei durch monopolistische und oligopolistische Marktformen in vielen Bereichen sowohl auf nationaler Ebene als auch auf globaler Ebene gekennzeichnet. Und diese Machtkonzentration zeige sich facettenreich und sei nicht zwingend auf Anhub zu erkennen. Beispielsweise versuchen Unternehmen zunehmend mit zielgerichteten Marketingmaßnahmen die Präferenzen der Nachfrager zu manipulieren, sodass der Konsument letztlich zum reinen Objekt degradiert würde und der Illusion erliege selbstbestimmt zu konsumieren. Folgen der machtwirtschaftlichen Wettbewerbsbeschränkung seien regelmäßig qualitativ schlechtere Waren und Dienstleistungen zu höheren Preisen. Die Marktmacht wiederum schaffe die Ressourcen um weiteren Einfluss auf die Politik zu nehmen. Ausdruck dieses *rent-seeking*-Verhaltens sei das Bestreben, gesetzliche Regelungen so einzurichten, dass einzelnen Unternehmen einseitig Vorteile entstehen, beispielsweise in Form einer niedrigeren Steuerlast oder in Form von Transferzahlungen als Beihilfen. Dieses Muster beobachtet Schick insbesondere auf den Finanzmärkten, denen er weite Teile des Buches widmet.

Auch hier finden sich wieder Analogien zu den Ordoliberalen. Für sie war die »Vermachtung«, also ein Übermaß an privater Macht und die Einschränkung des wettbewerblichen Leistungsprinzips das drängendste Problem ihrer Zeit.

Die Ursache der Ermöglichung einer solchen Vermachtung birgt für den Autor zugleich ein Teil der Lösung des Problems in sich. Denn nur, weil der Staat versagt gegen Partikularinteressen aus der Wirtschaft zu bestehen und unfähig ist, Regeln im Interesse des Allgemeinwohls zu setzen, können Unternehmen den Staat im Sinne des *state* und des *regulatory capture* zu ihrem Werkzeug umfunktionieren. Folglich stellen sich zwei zentrale Fragen: Wie muss nun eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gestaltet sein, die dieser Anforderung der Widerstandsfähigkeit gerecht wird und »die den Menschen dient«? Wie kann der Staat in seiner Fähigkeit als Hüter des Gemeinwohls gestärkt werden? Schick reiht hier nicht Einzelmaßnahmen aneinander, sondern entwirft ein Konzept, dass das Augenmerk auf die Regelebene legt.

Er fordert keine punktuell-erratischen *ex-post* Eingriffe, sondern er fordert geeignete Regeln, die den Rahmen vorgeben, indem sich dezentrale Marktprozesse entfalten können, Machtwirtschaft jedoch verhindert wird. Mit anderen Worten: Schick sucht nach Spielregeln, die das Spiel Wirtschaft lenken und dem Staat die nötige Befähigung geben, um als objektiver Schiedsrichter zu fungieren. Deshalb hat er z. B. speziell eine strengere Regulierung der Banken im Sinn. Er schreibt in Bezug auf die Machtstrukturen im Finanzsektor: »Die Zunahme von Aktivitäten an den Finanzmärkten ist deshalb auch kein Naturereignis wie El Niño, sondern eine Folge von Regeländerungen. Nichts logischer also, als dass wir diese Regeln korrigieren, wenn inzwischen diese Finanzmärkte zu einer Macht geworden sind, die unsere Gesellschaft lenkt, statt ihr zu dienen.« (S. 148 f.)

Folgerichtig seien zentrale Schritte einer Reform eine durchgreifende Fusionskontrolle, eine Unternehmensentflechtung und die durchgängige Etablierung des Haftungsprinzips. Die Stärke dieses systematischen Ansatzes ist es, die Wechselwirkung zwischen wirtschaftlichen und politischen Akteuren zu erkennen. Die Schnittstelle berücksichtigt wie Änderungen der Spielregeln der politischen Sphäre auf die, der Wirtschaft wirken. Also beispielsweise wie sich die Bedingungen und die Anreizstruktur für das Verhalten von Unternehmen ändern, wenn die Vorschriften der Parteispende modifiziert werden. Aufgrund legaler, finanzieller Zuwendungen von Unternehmen an politische Parteien können Abhängigkeiten entstehen, die wiederum auf die Wirtschaftsgesetzgebung wirken könnten. Eine alleinige Reform der Wirtschaftsverfassung reicht aus diesem Blickwinkel also nicht aus. Auch hier steht Schick in Tradition der Ordoliberalen, die mit der Interdependenz der Ordnung genau diese gegenseitige Beeinflussung von politischer und wirtschaftlicher Sphäre aufzeigten und deshalb aus gutem Grund einen Staat forderten, der oberhalb jeglichen Einzelinteresses steht. Für Schick bedeutet das jedoch nicht nur eine Kontrolle privater Macht, sondern notwendig sei auch eine skeptische Haltung gegenüber staatlicher Macht, sodass der »starke Staat« nicht zum allmächtigen Staat wird. Er bleibt jedoch nicht bei der Rahmensetzung stehen, sondern lädt der Wirtschaftsordnung einen umfangreichen Aufgabenkatalog auf. Für Schick muss beispielsweise die Ökonomisierung der Gesellschaft

dort ihre Grenzen finden, wo ökologische Prinzipien verletzt werden. Mit einem *Green New Deal* sowie einer solidarischen Ökonomie soll die bisherige Wirtschaftsweise grundlegend verändert werden. Allerdings zeigt sich hier das eigentliche Problem und eine Blindstelle des Buches: An welchem (normativen) Maßstab soll sich die Regelsetzung orientieren? Was sind die Interessen der Bürger und wer bestimmt sie? Folgt man dem im Buch beschriebenen Ansatz, dann nimmt man eine inhaltliche Beliebigkeit und eine Neigung zu Bevormundung in Kauf, da unter Hinweis auf übergeordnete ökologische Werte geradezu jede politische Maßnahme rechtfertigbar erscheint. Spätestens an dieser Stelle stellt sich die Frage, ob nicht bereits ein allmächtiger Staat in Vorbereitung ist. So trägt Schicks Vorschlag einer *Top-Runner*-Politik zur Senkung des Energieverbrauchs deutlich Züge eines liberalen Paternalismus.

In einem wichtigen Punkt geht Schick über den Ordoliberalismus hinaus, nämlich, indem er fragt, wie sich die Überwindung der Machtwirtschaft realpolitisch umsetzen ließe. Im Grunde ist das eine polit-ökonomische Herangehensweise – Thema dieses Hefts –, da die Nutznießer des Status quo der Vermachtung eine Änderung zu ihren Ungunsten zu verhindern suchen werden. Schick setzt als Lösung auf die Rolle des Bürgers. Die Bürger auf deutscher und europäischer Ebene sollen durch ihr Engagement in Form von zivilgesellschaftlichen Organisationen, öffentlichen Kundgebungen und Kontaktaufnahmen zu ihren Abgeordneten Druck auf die parlamentarischen Kräfte ausüben. Ihm schwebt in Anlehnung an die US-amerikanische Bewegung des *progressive movement* der 1900er Jahre, eine europäische, progressive Bewegung vor.

Insgesamt gewinnt man den Eindruck, dass die einzige Partei, die ein Interesse an einer solchen Reform hat und sie auch tatsächlich verfolgt, das Bündnis 90/Die Grünen sei. Am Ende ist es dann doch vorwiegend ein politisches Buch, das anderen Politikern einen »zukunftslosen Politikstil« (S. 221) vorwirft und eine Konsumgesellschaft ohne demokratischen Gestaltungswillen beklagt. Dennoch ist die Lektüre lohnenswert, da es der Autor es versteht, die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte um einen konstruktiven und vor allem theoretisch fundierten Standpunkt zu bereichern.

Julian Dörr

Miguel SZYMANSKI: *Ende der Fiesta. Südeuropas verlorene Jugend*; München: Kösel, 2014, 192 S., 17,99 €

Eine ernüchternde Reise durch Europa nennt sie der Autor, ein portugiesischer Journalist mit deutschen familiären Wurzeln. Wir schreiben Januar 2014. Miguel lebt mit seiner Familie seit einem halben Jahr in Deutschland auf der Flucht vor der Finanzkrise und den sich rapide verschlechternden materiellen Verhältnissen in Portugal, wo der katalanische Deutschportugiese teilweise aufgewachsen ist. Sein Bericht setzt ein mit einer Episode in einer schwäbischen Bäckerei in Heidenheim. Dort bemängelt er die wässrige Qualität des frisch gebrühten Kaffees und leitet von der Antwort einer schwäbischen Bäckerei-Kundin eine Reihe von kulturtypologischen Überlegungen ab. Sie betonen den Gegensatz zwischen den miserablen finanzpolitischen Verhältnissen in Portugal wie auch in Spanien und deren deutschen Profiteuren. Miguel, ein kompetenter Zeitzeuge der radikalen Sparmaßnahmen in Portugal und deren Auswirkungen auf das gespannte Verhältnis zu Deutschland, beschreibt es als einen kriegsähnlichen Zustand. Dabei kommt er zu einer auch für die Europäische Union bedrohlichen Erkenntnis. Die Straßen Lissabons und Madrids ähnelten, so Miguel, einem Schlachtfeld, »wo die Menschen ... verbal gegen Deutschland aufrüsten und attackieren. Deutschland dagegen scheint die Feindseligkeit des Südens einfach zu ignorieren«.

Der Autor, der in den 70er und 80er Jahren in Bochum aufgewachsen ist, und zwischen 1994 und 2013 mit kurzen Unterbrechungen in Lissabon und Faro gelebt hat, beschreibt nicht nur den wirtschaftlichen Aufschwung Portugals in den 90er Jahren. Seine Beobachtungen erfassen auch die Situation in verschiedenen Zeitungsredaktionen, bewerten den Einfluss der Medien auf die politischen Entscheidungsträger und heben die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen in der portugiesischen Gesellschaft hervor. Auffällig sind Szymanskis scharfsinnige Beurteilungen der Unterschiede im Hinblick auf die bundesrepublikanische Gesellschaft, die er als kalt, desinteressiert und berechnend empfindet, vor allem in der Arbeitswelt. »Im Süden war jede neue berufliche Aufgabe immer auch eine menschliche Begegnung gewesen, jeder Gesprächspartner war lebendig und laut, fragte nach meinen Kindern, ... berührte

meine Schulter oder meine Hand, nahm mich am Arm, lachte oder schimpfte gegen Gott und die Welt. In Heidenheim empfand ich die Menschen im Büro als trist und grau, ... ihr Lächeln wirkte aufgezwungen und aufgesetzt, Gefühle schienen ihnen verpönt.«

Seine Klagen über die Reserviertheit der Menschen in Deutschland, die hier vorhandene gegenseitige Kontrollsucht, die Verbotsschilder auf den Spielplätzen, die »Meldepflicht unter Strafandrohung« relativiert er mit den Verweisen auf die ausgezeichnete gesundheitliche Versorgung und die exzellenten Schulen, deren hohes Niveau nun auch seine Töchter genießen können. Auch den deutschen Staat lobt er. Er behandle die Menschen wie mündige Bürger, im Gegensatz zu Portugal, wo die staatlichen Autoritäten ihren Bürgern systematisch misstrauten. Und während der Autor im Wechsel die Vor- und Nachteile der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der neuen deutschen Wahlheimat aufzählt und bewertet, fragt sich der Leser nach den Vorzügen der Publikation. Sehr informativ sind die von eigener Erfahrung unterfütterten Einschätzungen der Auswirkungen der finanzpolitischen Krise in Portugal nach 2008. Dabei erweist sich seine breite berufliche Erfahrung als Journalist und die Bewertung der Effizienz verschiedener Zweige der Wirtschaft als besonders lobenswert. Gleichzeitig wird aus seinen Beobachtungen deutlich, dass auch in Portugal der investigative Journalismus keine Zukunft mehr hat. Die Analyse der Krisen verdeutlicht, dass der Autor seine nüchterne Einschätzung der realen Situation in Portugals Wirtschaft und Bankenwesen ohne Skrupel im Hinblick auf eine mögliche Norma-

lisierung vornimmt. Ende der Fiesta? Sicherlich, denn die gewaltigen Finanzmittel der 90er Jahre, die die EU Portugal geliehen haben, sind in den korrupten Kanälen der Privat- und der Staatswirtschaft versickert. Und der Ausweg? Sind es nur die Hilfsprogramme, die den Menschen in Portugal, vor allem den Jugendlichen zugutekommen?

In dem abschließenden Kapitel, das die Bezeichnung »Aufbruch« trägt und sich auf die Anwerbeaktion für portugiesische Jugendliche in Baden-Württemberg bezieht, taucht ein leiser Hoffnungsschimmer auf. Doch die Skepsis der schwäbischen Unternehmer hinsichtlich der mangelnden Sprachkenntnisse der jugendlichen Bewerber scheint größer zu sein als ihre Aufgeschlossenheit, einer Minderheit unter der verlorenen Jugend in Portugal zu helfen. Skeptisch bleibt auch der Autor, ob er in der nahen Zukunft eine qualifizierte Stelle als vielseitig versierter Journalist erhalten wird. Auf jeden Fall will er unter den distanzierten Deutschen bleiben, zusammen mit seiner Familie, in der seine beiden Töchter sich sicherlich beruflich durchsetzen werden, wenn auch seine hoch qualifizierte Ehefrau auf einen angemessenen Job verzichten muss. Ein Bekenntnisbericht eines auswärtigen Insiders also, in dem wertvolle empirische Fakten sich mit wirtschaftspolitischen Bewertungen mischen. Zu bemängeln ist allerdings, dass die reale materielle und psychische Situation der »verlorenen« portugiesischen Jugend vom Autor nur am Rande behandelt wird.

Wolfgang Schlott